



Bodenseeerklärung

Die Delegierten der IG Metall Verwaltungsstellen Friedrichshafen-Oberschwaben und Singen haben sich am 24. November 2012 auf ihrer gemeinsamen Delegiertenversammlung folgende gewerkschaftspolitische Schwerpunkte im Jahr 2013 verständigt:

Tarifvertrag umsetzen – Entgelterhöhung durchsetzen – Für einen Kurzwechsel einsetzen!

- (1) Durch die erfolgreiche Tarifrunde 2012 ist es gelungen die unbefristete Übernahme für alle ausgelernten Auszubildenden tariflich durchzusetzen. Durch einen neuen Tarifvertrag Leiharbeit wurden die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte gestärkt sowie Branchenzuschläge für die Metall- und Elektroindustrie tariflich vereinbart.

Im Herbst 2012 ist es gelungen Branchenzuschläge auch für die Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie sowie für die Textilindustrie durchzusetzen.

Tarifverträge umsetzen heißt, die unbefristete Übernahme für alle Ausgelernten zu realisieren und die besseren Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte mit dem neuen Tarifvertrag Leiharbeit zu nutzen, damit Leihbeschäftigte in die Stammbesellschaft aufgenommen werden.

Leiharbeiter, die ab 1. November 2012 6 Wochen in einem Entleihbetrieb der M+E Industrie arbeiten, erhalten auf ihren Stundenlohn 15 % Branchenzuschlag, der bis auf 50 % nach 9 Monaten wächst. Die Weitergabe des Branchenzuschlages muss in jedem Betrieb sichergestellt werden. Weiterhin sollen Leihbeschäftigte verstärkt angesprochen und in der IG Metall aufgenommen werden.

- (2) Im Frühjahr 2013 laufen die Entgelttarifverträge in der M+E Industrie und im Kfz-Handwerk aus. Eine neue Entgeltrunde wird damit gleich zu Beginn des Jahres 2013 eingeleitet. Dies gilt ebenso für die Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie. Hier hat die Tarifkommission eine Forderung von 5 % aufgestellt.

Betriebsräte und Vertrauensleute beider Verwaltungsstellen sind der Auffassung, dass auch in der kommenden Tarifrunde die Verteilungsgerechtigkeit eine große Rolle spielen wird. Die Orientierung für die Aufstellung der Forderung in der kommenden Tarifrunde wird weiterhin die Inflationsrate, die gesamtwirtschaftliche Produktivität und eine Umverteilungskomponente sein.

Metallerinnen und Metaller am See, im Hegau, in Oberschwaben und im Allgäu werden höhere Entgelte und Ausbildungsvergütungen auch im Jahr 2013 durchsetzen.

- (3) Die im Herbst 2013 stattfindende Bundestagswahl ist Anlass einen politischen Kurswechsel einzufordern. Einen Kurswechsel, der die gewerkschaftlichen Forderungen für altersgerechte Arbeitsplätze, frühere Altersausstiegsmodelle, eine bessere Erwerbsunfähigkeitsrente, einen gesetzlichen Mindestlohn beinhalten muss.

Einen Kurswechsel muss es nach Ansicht der Gewerkschafter auch bezüglich der Rente ab 67 geben.

Der immer stärker werdende Niedriglohnsektor und die damit weiter vorprogrammierte Altersarmut, insbesondere bei Frauen und der jüngeren Generation, muss eingegrenzt werden. Deswegen fordern die Metaller am See eine Bürgerversicherung in die Alle einschließlich der Beamten, Freiberufler und Selbständigen einzahlen.

Metallerinnen und Metaller werden sich für einen politischen Kurswechsel in Deutschland einsetzen!